

---

# Vom Imperialismus zum Empire

---

Herausgegeben von

---

Shalini Randeria

---

und Andreas Eckert

---

edition suhrkamp

---

SV

edition suhrkamp 2548

Afrika, Asien und Lateinamerika können – so zynisch es klingt – auf eine lange Geschichte der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Globalisierung zurückblicken. Für all diese Kontinente stand die erste Begegnung mit dem Westen im Zeichen von Eroberung, Ausbeutung und Fremdherrschaft. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden in diesen Kontinenten formal unabhängige und souveräne Staaten, die erneut mit einer vom Westen ausgehenden Entwicklung konfrontiert waren: der Globalisierung.

Anhand von aktuellen Beispielen erschließt der vorliegende Band die Erfahrungen und Perspektiven von Gesellschaften und Akteuren aus Afrika, Asien und Lateinamerika bei der »zweiten Globalisierung«. Die Autoren zwingen uns zur Abkehr von der sich hartnäckig aufrechterhaltenden Meinung, Globalisierung führe zur Angleichung von Lebensbedingungen – das Gegenteil ist der Fall.

# Vom Imperialismus zum Empire

Nicht-westliche Perspektiven  
auf Globalisierung

Herausgegeben von  
Shalini Randeria und  
Andreas Eckert

Suhrkamp

2. Auflage 2015

Erste Auflage 2009

edition suhrkamp 2548

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2009

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,  
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung  
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages  
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme  
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-12548-9

# Inhalt

## Einleitung

*Andreas Eckert/Shalini Randeria*: Geteilte Globalisierung . . . 9

### I. Eine verwobene Geschichte

*Frederick Cooper*: Afrika in der kapitalistischen Welt . . . . . 37

*Kevin C. Dunn*: Afrikas zwiespältiges Verhältnis zu Empire  
und *Empire* . . . . . 74

### II. Disziplinierung der Peripherie

*Teivo Teivainen*: Globalisierung der ökonomischen Über-  
wachung. Der Internationale Währungsfonds als moderner  
Priester . . . . . 105

*Ivan Krastev*: Die Obsession mit Transparenz.  
Der Washington-Konsens zur Korruption . . . . . 137

*Timothy Mitchell*: Das Objekt der Entwicklung . . . . . 163

### III. Globale Rechtsräume

*Shalini Randeria*: Transnationalisierung des Rechts und der  
»listige Staat« in Indien: zivilgesellschaftlicher Widerstand  
gegen die Privatisierung öffentlicher Güter . . . . . 211

*Robert Wade*: Welche Strategien bleiben den Entwicklungs-  
ländern heute? Die Welthandelsorganisation und der  
schrumpfende »Entwicklungsraum« . . . . . 237

### IV. Risiken transnationaler Grenzüberschreitung

*Nancy Scheper-Hughes*: Der globale Handel mit menschlichen  
Organen . . . . . 273

*Vinh-Kim Nguyen*: Antiretrovirale Globalisierung, Biopolitik  
und therapeutische Bürgerschaft . . . . . 309

Dank . . . . .	339
Drucknachweise . . . . .	340

# Einleitung



## Geteilte Globalisierung

Der niederländische Historiker Pieter Emmer postulierte unlängst, dass Globalisierung lediglich ein von Journalisten geprägter Begriff sei, um jene Menschen zu beeindrucken, die von Geschichte keine Ahnung haben (Emmer 2006, S. 151). Dieses radikale Unbehagen am Begriff der Globalisierung teilen die Herausgeber und Autoren dieses Bandes nicht. Gleichwohl sehen sie die Notwendigkeit, den gängigen Umgang mit dem Globalisierungsparadigma kritisch zu hinterfragen und alternative Sichtweisen vorzuschlagen. Dazu gehört der Hinweis, dass Globalisierung nicht nur eine Geschichte (bzw. Geschichten) hat, sondern gleichsam auch eine Geographie. Unsere Grundannahme lautet: Es gibt kein global gültiges Wissen über die Globalisierung, denn es existiert kein archimedischer Punkt, von dem aus zuverlässige generalisierte Aussagen über die vielfältigen grenzüberschreitenden Flüsse von Menschen, Waren, Kapital, Bildern, Ideen und Normen möglich wären. Umso wichtiger ist die Einsicht in die Orts- und Zeitgebundenheit sowie die Kontextspezifität von Wissen über Prozesse, die gemeinhin unter dem Begriff der Globalisierung zusammengefasst werden. Dem versucht der vorliegende, interdisziplinär angelegte Band Rechnung zu tragen, indem er den dominanten Globalisierungsdiskurs um Perspektiven aus der »nicht-westlichen Welt« erweitert. Unser zentrales Anliegen besteht mithin darin, den gängigen Eurozentrismus bzw. die Kulturalisierung »nicht-westlicher« Perspektiven ein Stück weit zu korrigieren.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Einen der wenigen deutschsprachigen Versuche, die Perspektiven der »nicht-westlichen« Welt zur Globalisierung einzufangen, liefert Tetzlaff (2000). Die dort vereinten Beiträge konzentrieren sich jedoch darauf, »kultur-spezifische« Antworten und spezifische Weltbilder verschiedener außereuropäischer Gesellschaften zu präsentieren, und berücksichtigen bestenfalls am Rande deren historischen Entwicklungskontext, die Position dieser Staaten im internationalen System nach der formalen Entkolonisation oder Handlungsspielräume zivilgesellschaftlicher Akteure.

Der Begriff »nicht-westlich« bedarf der kurzen Erläuterung. Er verweist zum einen auf die weiterhin große Definitionsmacht des Westens als Referenz, zum anderen auf die Tatsache, dass die alte Einteilung in Erste, Zweite und Dritte Welt spätestens nach dem Niedergang der Zweiten Welt ihre Gültigkeit verloren hat. Die Unterscheidung in Erste und Dritte Welt, oder zwischen dem Westen und dem Rest (Stuart Hall), war immer schon problematisch. Aber auch die Kategorie »Entwicklungsländer«, die Indien, Südafrika, China, ebenso wie Benin, Myanmar (Burma) und Kolumbien umfassen soll, ist längst nicht mehr adäquat. Denn erstens wird sie der Heterogenität dieser Länder sowie der Unterschiede zwischen ihnen nicht (mehr) gerecht. Und, zweitens, mit welcher Kategorie sollen dann Länder wie Bulgarien, Serbien oder der Kosovo erfasst werden? Seit dem Fall der Mauer scheint es vielmehr eine neue binäre Teilung der Welt in Kreditgeber und Kreditnehmer des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, zwei zentrale Institutionen des neuen post-kolonialen Imperialismus, zu geben.<sup>2</sup> Sogar der Nobelpreisträger und ehemalige Chef-Ökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, wirft dem Internationalen Währungsfonds eine neo-imperialistische Haltung und Vorgehensweise gegenüber Kreditnehmer-Staaten vor (Stiglitz 2003). Der Niedergang der Sowjetunion hat diesen beiden Bretton-Woods-Organisationen zum Status globaler Institutionen verholfen. Um diese neue Hegemonie von IWF, Weltbank sowie WTO und die damit verbundene neue Teilung der Welt adäquat abzubilden, haben wir Kapitel über den Einfluss von IWF und Weltbank in Lateinamerika, Ägypten und Indien, aber eben auch in Osteuropa in den Band aufgenommen.

---

2 So wurde etwa in der Verfassung von Bosnien-Herzegowina verankert, dass der erste Vorsitzende der Zentralbank des Landes vom IWF ernannt werden soll und »kein Bürger Bosnien-Herzegowinas oder eines benachbarten Staates sein darf. . .« (Beams 1999). Vgl. u. a. Cahn 1993, George/Sabelli 1995, Chossudovsky 1998, Buchanen/Pahuja 2004, Goldman 2005 und Mitchell (in diesem Band) für eine Kritik der neo-imperialistischen Politik der Weltbank, Khor et al. 1999 und Wade (in diesem Band) zur WTO und Teivainen (in diesem Band) zum IWF. Zur Geschichte der internationalen Organisationen und ihrer seit 1945 rasant wachsenden Bedeutung in der globalen Ordnung vgl. Iriye 2002.

Die folgenden Beiträge suchen, die gegenwärtigen Prozesse der Globalisierung vor dem Hintergrund einer langen und komplexen Geschichte kolonialer Ausbeutung und imperialer Herrschaft zu analysieren. Das zentrale Anliegen des Bands besteht mithin darin, zum einen auf die Bedeutung dieser historischen Dimension aufmerksam zu machen, die in den meisten politischen und akademischen Debatten zur Globalisierung fehlt, zum anderen den gängigen Eurozentrismus dieser Debatten ein Stück weit zu korrigieren. Diese Geschichte wirkt heute auf vielfältige Weise nach, auch wenn nicht nur historische Kontinuitäten, sondern auch mehrfache Brüche zu verzeichnen sind. In diesem Sinne nimmt dieser Band ein zentrales Argument postkolonialer Ansätze ernst, welches besagt, dass Prozesse und Ereignisse an der »Peripherie« einen Niederschlag in den »Zentren« finden und konstitutiv für die Schaffung der Welt waren, in der wir heute leben. Mit anderen Worten: Wir leben alle in einer postkolonialen Welt, nicht nur jene Menschen in und aus ehemals kolonisierten Gebieten. Versteht man unter Globalisierung »den Aufbau, die Verdichtung und die zunehmende Bedeutung weltweiter Vernetzung« (Osterhammel/Petersson 2003, S. 10), so wurde dieser Prozess wohl bereits im frühen 16. Jahrhundert irreversibel. In dieser Zeit setzten Entdeckungsreisen und regelmäßige Handelsbeziehungen Europa, Afrika, Asien und Amerika erstmals in einen direkten Kontakt. Aus diesen sich vor allem seit dem frühen 19. Jahrhundert zügig vertiefenden Verbindungen zwischen verschiedenen Gesellschaften gingen zahlreiche hybride politische Ordnungen, gemischte Ideologien und komplexe Formen wirtschaftlicher Aktivitäten hervor. Diese Verknüpfungen erhöhten jedoch das Bewusstsein von Differenz oder gar Antagonismus vornehmlich zwischen den Eliten verschiedener Gesellschaften (Bayly 2004). Die wachsende Betonung von Vernetzungen und Verflechtungen im Prozess der Globalisierung steht für die Einsicht, dass die Entstehung der modernen Welt als »gemeinsame« bzw. »geteilte« Geschichte gedeutet werden kann, in der verschiedene Kulturen und Gesellschaften eine Reihe zentraler Erfahrungen teilten und durch ihre Interaktion und Interdependenz die moderne Welt gemeinsam konstituierten (Ran-

deria 1999). Der Verweis auf Interaktionen darf freilich nicht dazu führen, Ungleichheit, Macht und Gewalt aus den Augen zu verlieren. Beziehungen etwa zwischen Europa und der außereuropäischen Welt waren und sind häufig hierarchisch oder gar repressiv (Conrad/Randeria 2002, S. 17 ff.). Diese Beziehungen werden in der Regel mit den Begriffen Kolonialismus oder Imperialismus erfasst. Mit dem wachsenden Interesse an der Globalisierung und ihrer Geschichte geraten Kolonialismus und Imperialismus (wieder) verstärkt in das Blickfeld von Öffentlichkeit und Wissenschaft. Denn wenn das, was heute als Globalisierung in aller Munde ist, eine frühere Phase hat, so ist diese untrennbar mit der kolonialen und imperialen Expansion der europäisch-westlichen Staaten seit den »Entdeckungsfahrten« des 16. Jahrhunderts verknüpft (Eckert 2006).

Das mit der Unabhängigkeit der ehemals kolonisierten Territorien in Afrika, Asien und Lateinamerika einsetzende »formale« Ende von Kolonialismus und Imperialismus erfüllte in der Regel jedoch keineswegs die Hoffnungen, welche die dortigen Bevölkerungen damit verbanden. Das »Reich der Freiheit« erwies sich für die Mehrzahl der Menschen in den ehemaligen Kolonien als Chimäre, als Fortsetzung von Armut, Abhängigkeit und Bevormundung. Kwame Nkrumah, der erste Präsident des 1957 unabhängig gewordenen Ghanas, prägte den Begriff »Neokolonialismus«, um jene Formen der Kontrolle zu benennen, die westliche Mächte auch nach dem Ende der formalen Kolonialherrschaft weiterhin ausübten (Nkrumah 1965). Vertreter »postkolonialer« Ansätze sprechen denn auch davon, dass eine Vielzahl von Beziehungsmustern und Effekten kolonialer Herrschaft bis heute nachwirkt. Sie sehen die gegenwärtige Welt nach wie vor geprägt von zum Teil imperialen Herrschaftsverhältnissen und neokolonialen kulturellen Beziehungen, welche die alten, oft rassistisch konnotierten Ungleichheiten reproduzieren und verfestigen (Young 2001).

Imperialismus und Globalisierung stellen daher keine konkurrierende Narrative für eine Zeitdiagnose dar. Um Prozesse der Globalisierung aus einer nicht-westlichen Perspektive zu diskutieren, ist »Imperialismus« als strukturierender Rahmen weiterhin nützlich.

Imperialismus ist das wohl bedeutendste, wenngleich immer umstrittene theoretische Konzept, um die Beziehungen zwischen dem Westen und dem Rest zu beschreiben und zu bewerten. Dass die globale Ordnung auch eine imperiale Ordnung sei, ist eine seit dem 16. Jahrhundert virulente Frage (Pagden 1995). Imperialismus ist überdies eine zentrale Kategorie für jene Wissenschaftler und Bürger in der nicht-westlichen Welt, die der entstehenden neoliberalen globalen Ordnung und den Praktiken global agierender Institutionen kritisch gegenüberstehen. So erscheint für viele Menschen außerhalb des »Westens« die Globalisierung als die Re-Kolonisierung ihrer Zukunft. Es ist charakteristisch für den Eurozentrismus der Sozialwissenschaften, dass sie die 400-jährige Geschichte des formellen europäischen Imperialismus und seine gegenwärtige »Fortsetzung mit anderen Mitteln« bislang weitgehend ignorieren. Stattdessen wurde für die Analyse der Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur des 20. Jahrhunderts der Nationalstaat als Analyserahmen privilegiert. Ein solcher Rahmen ist nicht dazu angetan, die Strukturen von Gesellschaften zu verstehen, die – wie nahezu überall in der außereuropäischen Welt – erst nach dem Zweiten Weltkrieg zu Nationalstaaten wurden. Zwar sind verstärkt Bemühungen zu verzeichnen, diesen methodischen Nationalismus (Beck 2002, 2003) mithilfe des Globalisierungsparadigmas zu überwinden. Gleichwohl müssen noch sehr viel systematischer die historischen und gegenwärtigen Erfahrungen der Nicht-OECD-Länder einbezogen werden, um (neo-)imperialistische Tendenzen, Strukturen und Herrschaftspraktiken angemessen analysieren zu können. Zudem wird häufig übersehen, dass nicht nur das gegenwärtige Staatensystem mit hegemonialen und marginalisierten subalternen Staaten, sondern auch Prozesse der Staatenbildung in postkolonialen Gesellschaften aus verschiedenen Phasen des formellen und informellen Imperialismus in Wechselwirkung mit lokalen Machtkämpfen resultieren. Konzepte und Institutionen des modernen Nationalstaates sind daher untrennbar mit dem Imperialismus inner- und außerhalb Europas verflochten.

Eng mit den Begriffen Imperialismus, Kolonialismus und Neoko-

lonialismus verknüpft ist schließlich das Wort Imperium. Es entstammt der politischen Sprache des Römischen Reiches und hat eine komplizierte Geschichte sowie diverse, oft sehr kontroverse Bedeutungen (Howe 2002). Im Kontext einer Debatte über »geteilte Globalisierung« sind Imperien als Interpretationsrahmen vor allem deshalb von Bedeutung, weil sie es ermöglichen, Kolonien nicht als etwas »da draußen« zu betrachten, das lediglich marginal für die Geschichte europäischer Nationalstaaten ist, sondern Metropole und Kolonie in ein gemeinsames analytisches Feld zu integrieren (Stoler/Cooper 1997). Die vielfältigen Beziehungen zwischen diesen beiden Polen waren in der Regel höchst hierarchisch. Dennoch ist es wichtig festzuhalten, dass die Imperien ihren kolonisierenden wie kolonisierten Zeitgenossen einen gemeinsamen Rahmen boten, in dem über die Relevanz von Rechten, Forderungen und Verpflichtungen debattiert wurde (Cooper 2005).

Die auch hierzulande aktuelle Konjunktur zum Thema »Imperien« hat primär zwei Gründe. Zum einen ist das Interesse eng mit der zunehmenden Verbreitung postkolonialer Ansätze verknüpft, die zu einem Perspektivenwechsel hinsichtlich Konzeptionen von Raum und Räumlichkeit geführt haben (Castro Varela et al 2008). Zum anderen »wecken Selbstdarstellung und politisches Verhalten der USA Anklänge an die Allmachtsphantasien, die man am ehesten Imperien zuzuschreiben geneigt ist« (Osterhammel 2006, S. 4). In der Tat werden die Vereinigten Staaten inzwischen in Öffentlichkeit und Politik quer durch das ideologische Spektrum hindurch als ein Imperium wahrgenommen (Bacevich 2002, Harvey 2003, Ignatieff 2003, Johnson 2004, Magdoff 2003, Smith 2001). Jene, die in diesem Zusammenhang einem »neuen amerikanischen Imperialismus« seit 2002 das Wort reden, vergessen jedoch, dass für die Länder der so genannten »Dritten Welt« (und auch für die Länder der ehemaligen »Zweiten Welt«) die Konstellationen so furchtbar neu nicht sind. Die amerikanische Politik nach 1945 ist nicht zu Unrecht als »Imperialismus ohne Kolonien« (Magdoff 2003) charakterisiert worden. Die formale Dekolonisation bedeutete aus der Sicht vieler nicht-europäischer Staaten also keineswegs das Ende neo-imperialer Herr-

schaft über sie. Ausgehend vom Versuch, die amerikanische Politik zu erklären, findet das Thema der imperialen Herrschaft auch in den Sozial- und Kulturwissenschaften zunehmend Aufmerksamkeit. Herfried Münkler hat etwa in einer vielbeachteten Studie die aktuelle Politik Amerikas entlang der Kategorie des Imperiums aufzuschließen versucht (Münkler 2005). Der in Harvard lehrende Historiker Neill Ferguson machte vor allem in der englischsprachigen Welt mit einem Werk *Furore*, in dem er das britische Empire als Modell für Washingtons Außenpolitik empfahl (Ferguson 2003). Und Michael Hardts und Antonio Negris Buch *Empire* wurde nicht nur hierzulande rasch zur theoretischen Bibel der Globalisierungsgegner.<sup>3</sup> Die beiden Autoren behaupten, das postmoderne Empire sei kein »historisches Regime, das aus Eroberungen hervorgegangen ist, sondern eine Ordnung, die Geschichte suspendiert« (Hardt/Negri 2002). Ihr »Empire« ist dabei aber nicht einfach das Produkt amerikanischer Macht, sondern eine mehr oder weniger nahtlose Struktur des globalen Kapitalismus, für den die Vereinigten Staaten den Hauptantrieb liefern, ohne selbst der autonome Protagonist zu sein. Die historischen Imperien bilden in dieser Zeitdiagnose lediglich eine Folie, von der sich die Gegenwart radikal abhebt.

Das Buch von Hardt und Negri stellt sicherlich den ambitioniertesten Versuch dar, die neue globale Architektur der Macht und die Möglichkeiten des Widerstands dagegen zu konzeptualisieren. Aus der Perspektive der Peripherie ist das, was sie als paradigmatisch revolutionär präsentieren, so neu jedoch nicht, wie etwa Dunn (in diesem Band) in seiner Kritik an ihren Thesen aus der Perspektive afrikanischer Staaten argumentiert. Wir können Hardts und Negris Diagnose der Transformation von modernen zu postmodernen Formen der Herrschaft sowie ihre recht optimistischen Visionen von den Möglichkeiten des Widerstands in einer staatenlosen globalen Ordnung nicht teilen. In ihrer Analyse muss man ihnen dagegen zustimmen, dass internationale Institutionen, aber auch viele Nichtregierungsorganisationen Teil einer neuen imperialen Konstellation

---

3 Vgl. dazu kritische Beiträge in Dean/Passavant 2003 sowie in Sen et al. 2004.

sind, in der supranationales Recht die internationalen Rechtssysteme allmählich durchdringt und sie umstrukturiert (Randeria 2003, 2007a). Aber im Gegensatz zu ihrer These der Erosion von staatlicher Macht und Souveränität sind der Staat und seine rechtlichen Praktiken weiterhin grundlegend für das Funktionieren des internationalen Rechts und internationaler Institutionen (Buchanan und Pahuja 2004), auch dann, wenn Handlungsspielräume und Autonomie des postkolonialen Staats immer schon erheblich eingeschränkt waren (Teivainen und Mitchell in diesem Band) und durch die gegenwärtigen neoliberalen Rechtsregime der WTO weiter eingengt werden (Wade in diesem Band). Folglich sind das Nationale und das Internationale eher miteinander verzahnt, als dass sie sich diametral gegenüberstehen (Sassen 2006). Zudem übersieht der Fokus von Hardt und Negri auf die »Multitude« als politische Kraft für eine absolute Demokratie und Gerechtigkeit die Tatsache, dass Widerstand gegen die Globalisierung sich nach wie vor primär gegen den Staat richtet und sich auch in der nationalen Arena vollzieht (Randeria 2007 b und in diesem Band).

Bei aller Kritik an ihrem Eurozentrismus und ihrer ahistorischen Perspektive (Dunn, in diesem Band; Connolly 2006) ist jedoch auf die interessante Grundbeobachtung von Hardt und Negri zu verweisen, die das Konzept des vorliegenden Bandes geprägt (und ihm auch den Titel gegeben) hat. Die beiden Autoren postulieren, dass Souveränität unter den Bedingungen der Globalisierung von der Ebene des Nationalstaats auf die Ebene eines dezentrierten und deterritorialiserten Empire verlagert worden sei. Dieses Narrativ der Transformation der Souveränität von einer modernen in eine postmoderne Form beruht auf der Annahme, der Nationalstaat sei obsolet geworden. Diese Prämisse wird von den Autoren des vorliegenden Bandes nicht geteilt. Gleichwohl macht die von Hardt und Negri skizzierte Transformation vom Imperialismus zum Empire auf wichtige Facetten des Wandels von direkter militärischer Herrschaft und der mit Zwang und ökonomischer Ausbeutung verbundenen Auferlegung von Fremdherrschaft hin zu weit diffuseren – und folglich gleichsam heimtückischeren, wohl auch schädlicheren – Formen der Hegemo-

nie und Kontrolle aufmerksam<sup>4</sup>. Angesichts der Weitschweifigkeit und Verschwommenheit der gegenwärtigen Transnationalisierung von Governance und Gouvernamentalität, die durch zahllose – öffentliche und private, infrastaatliche und suprastaatliche, sich zum Teil ergänzende, zum Teil miteinander konkurrierende – Akteure geprägt ist, erscheinen die durchaus komplexen imperialen Formationen der Vergangenheit als geradezu übersichtlich und durch vergleichsweise klare Hierarchien und Herrschaftsstrukturen gekennzeichnet (Abernethy 2000, Nguyen in diesem Band).

Der Eindruck von Unübersichtlichkeit und Paradoxie bei Betrachtung der gegenwärtigen globalen Ordnung ist von zahlreichen Autoren formuliert worden (u. a. Mann 2001). Der französische Politologe Jean-François Bayart (2004) verweist etwa auf folgendes Faktum: Während durch die Globalisierungsprozesse der vergangenen Dekaden die internationalen Finanz- und Warenmärkte verstärkt integriert worden sind, ist der Arbeitsmarkt zunehmend durch Ausschluss und Abgrenzung charakterisiert. In Frankreich etwa sind Migranten nicht-europäischer Herkunft zwar als billige Arbeitskräfte willkommen, werden gleichzeitig aber als Bürger zweiter Klasse ausgegrenzt (Balibar 2003). Trotz der Zelebrierung der Geschwindigkeit ist das Warten eine konstitutive Praxis der Globalisierung, so wie die Grenze eine ihrer zentralen Institutionen repräsentiert. Nach Bayart gehört das Warten ironischerweise zu den zentralen Merkmalen der Globalisierung. So befindet sich die in Frankreich so genannte »population flottante«, die »umhertreibende Bevölkerung«, das heißt die »illegalen« Migranten aus Afrika, aus dem Maghreb oder dem indischen Subkontinent, in einem permanenten Wartezustand. Diese Menschen warten auf einen Fluchthelfer, ein Schiff, eine Anstellung, Papiere, ihre Ausweisung oder den Rücktransport in ihre Herkunftsländer.

Auf zahlreiche andere paradoxe Aspekte wird in den Beiträgen des vorliegenden Bandes hingewiesen. Die Macht suprastaatlicher Orga-

---

4 Vgl. u. a. Ong/Collier 2005 sowie die Beiträge in Teil III und IV dieses Bandes.

nisationen sowie die Vermehrung rechtlicher Akteure und Arenen haben zwar zu einer zunehmenden Verrechtlichung und zu einer Pluralität rechtlicher Regime geführt, aber eben nicht zu größerer Rechtssicherheit. Im Gegenteil: Bürgerrechte werden in zahlreichen Ländern – von den USA nach dem 11. September bis zum vor-olympischen Tibet – immer stärker beschnitten. Überdies lässt sich beobachten, dass die Unübersichtlichkeit und Diffusion von Macht auf verschiedene Akteure, Arenen und Ebenen zu einem Mangel an Transparenz bei Entscheidungsfindungen sowie zu einem eklatanten Rückgang von Verantwortlichkeit geführt hat. Die internationalen Finanzinstitutionen verlangen von den Mitgliedsstaaten, die Kredite aufnehmen, zwar allergrößte Transparenz sowie Rechenschaftspflicht, lehnen es jedoch ab, diese Prinzipien der *Good Governance* auf sich selbst anzuwenden (Teivainen in diesem Band). Die Verteilung der Stimmrechte zwischen dem Westen und dem Rest in den Executive Boards von Weltbank und IWF weist eine erhebliche Asymmetrie zugunsten der G-8 Staaten auf. Sie spiegelt die Machtbalance nach 1945 (also vor der Entkolonisierung) wider und entspricht somit überholten Verhältnissen, in denen die westlichen Mitgliedsstaaten dieser Institutionen ursprünglich Schuldner und Gläubiger zugleich waren. Während der Stimmenanteil der USA allein heute bei der Weltbank und dem IWF 17% beträgt, haben Indien und die Schweiz fast den gleichen Anteil (1,9% bzw. 1,6%); Deutschland hat zzt. einen genauso hohen Anteil (5,9%) wie ganz Afrika, dessen Stimmenanteil sich anno 2008 noch weiter auf lediglich 2,1% senken wird. In ihren Schuldnerstaaten haben Weltbank und IWF sowie das rechtliche Regime der WTO die lokalen Lebenswelten von Millionen von Menschen geprägt, ihnen Politikrezepte und -programme oktroyiert, ohne dass die betroffenen Menschen eine Stimme in diesen Institutionen haben.

Während internationale Organisationen ihre Interventionen in eine Sprache des partnerschaftlichen Konsenses kleiden, entfalten subalterne Kreditnehmerstaaten ihrerseits eine strategische Rhetorik der Souveränität. In bestimmten Bereichen wie Menschenrechte oder Entwicklung von Atomwaffen lehnen sie internationale Inter-

ventionen ab, in anderen Bereichen – Wirtschaftspolitik, fiskalische Disziplin, Handelsregeln – sind sie hingegen gewillt, den Vorgaben der Geberinstitutionen zu folgen. Zivilgesellschaftliche Akteure wiederum, die internationale Einmischung in Menschenrechtsangelegenheiten mit Nachdruck fordern, lehnen ihrerseits externe Interventionen in die Bereiche nationaler Wirtschafts- und Sozialpolitik als Eingriff in interne Angelegenheiten ab. Auf diese Weise haben transnational operierende Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ebenso wie internationale Institutionen zur wachsenden Transnationalisierung von Recht und Politik beigetragen. Diese Transnationalisierung hat wiederum die Grenzen zwischen internen und externen Arenen und Aktivitäten rekonfiguriert und zugleich verwischt (Teivainen 2002). NGOs und soziale Bewegungen, einst starke Kritiker des Staates, haben zumindest in einigen Bereichen die Vorzüge staatlicher Souveränität (wieder-)entdeckt. Ihre prinzipielle antistaatliche Haltung ist der Einsicht in die Notwendigkeit pragmatischer Allianzen mit dem Staat gewichen, wenngleich sie die Legitimation des Staates, das öffentliche Interesse und das Gemeinwohl zu repräsentieren, weiterhin in Frage stellen (Randeria in diesem Band). Aber ein pragmatischer Schulterschluss zwischen NGOs und internationalen Institutionen gegen die Politik bestimmter Staaten ist nicht nur im Bereich der Umweltpolitik, sondern auch in den neuen globalen Kreuzzügen gegen die Korruption zu verzeichnen (Krašev in diesem Band). Krašev und Teivainen machen auf die religiöse Begründungssemantik dieser Art universalistischer ökonomischer Rezepte aufmerksam. Aber verschiedene Autoren verweisen auch auf die zentrale Rolle der US-amerikanischen Regierung bei der Durchsetzung einer bestimmten Entwicklungspolitik in Ägypten nach der Entkolonisierung (Mitchell), einer bestimmten rechtlichen Regulierung von geistigen Eigentumsrechten (Wade), einer bestimmten Finanzpolitik in den lateinamerikanischen Ländern seit den 1920er Jahren (Teivainen) oder gegenwärtig einer ganz spezifischen Form von Antikorruptionspolitik in den Staaten Ost- und Zentraleuropas (Krašev). Diese Hegemonie ohne formale territoriale Kontrolle mag zwar aus US-amerikanischer Regierungssicht ein »Empire lite« (Ignatieff 2003)